

Osten fahren – vor allem aus Bayern, wo die Vorschriften besonders rigoros gehandhabt werden.

Die Feministin Alice Schwarzer empfiehlt die Flucht nach vorn: Ein SPD-regiertes Bundesland sollte versuchen, den Paragraphen 218 durch Verfassungsklage zu kippen. Vielleicht komme in dem Verfahren ein Urteil heraus, das die Streichung des Abtreibungsverbots aus dem Strafrecht erlaubt. Deshalb sollten die Frauen in Ost und West gemeinsam gegen den Paragraphen 218 protestieren.

Die Abtreibungspraxis ist nicht das einzige aus dem DDR-Erbe, was Politikerinnen aus Ost und West erhalten wollen. Das Recht auf Arbeit sollte nach Ansicht des Runden Tisches in Ost-Berlin als „moralische Verpflichtung der Regierung“ angesehen werden, für Vollbeschäftigung zu sorgen. Die Frauen in der DDR, so die SPD-Volkstammerabgeordnete Eva Kunz, wüßten, „was es an Sicherheit und Selbstbewußtsein bedeutet, ökonomisch selbständig zu sein“. Das werde vielen DDR-Bürgerinnen gerade jetzt bewußt. „Niemand weiß genau, welche Gesetze noch gelten“, so Eva Kunz. Viele Betriebsdirektoren nutzten daher die Gelegenheit zur Entlassung von Frauen und zum Schließen der Betriebskindergärten.

Das aber müsse verhindert werden. Zum Recht auf Arbeit, so Eva Kunz, gehöre für Frauen auch das Recht auf einen Kindergartenplatz. In den Betreuungseinrichtungen soll es allerdings anders zugehen als bisher: keine politische Indoktrination, kleinere Gruppen, mehr Freiheit zum Spielen und weniger Drill.

Für erhaltens- und verteidigungswert halten die DDR-Frauen auch eine andere Errungenschaft: Mütter dürfen zwölf Monate nach der Geburt zu Hause bleiben und sich ganz dem Kind widmen. Sie bekommen fünf Monate lang ihr Gehalt

weitergezahlt, weitere sieben Monate erhalten sie 70 bis 90 Prozent ihres Nettoehnes.

Diese Regelung wird nach Ansicht der SPD-Bundestagsabgeordneten Renate Schmidt – wie das liberale Abtreibungsrecht – für eine Übergangszeit in der jetzigen DDR Bestand haben. Sie auf das gesamte Deutschland zu übertragen sei derzeit allerdings „einfach nicht zu finanzieren“.

Renate Schmidt ist sich mit Angelika Barbe, stellvertretende Vorsitzende der Ost-SPD und Volkstammerabgeordnete, einig, daß jetzt Gemeinsamkeit gefordert sei. „Bei den Verhandlungen über ein gemeinsames Deutschland müssen wir unbedingt die Rechte der DDR-Frauen erhalten“, so die DDR-Politikerin. Nur so bleibe die Hoffnung, daß sie eines Tages für die Frauen in ganz Deutschland gelten könnten.

DDR-Grenze

Wie warme Semmeln

Findige Geschäftsleute aus West und Ost schlachten die deutsch-deutsche Grenze aus: Wachtürme, Stacheldraht und Zäune finden reißenden Absatz.

Die 1393 Kilometer lange deutsch-deutsche Grenze, mit ihren weltweit wohl einmalig ausgeklügelten „Sperelementen“ (DDR-Jargon), ist derzeit zum Schrottpreis im Angebot.

„Bei uns melden sich jede Woche Interessenten“, sagt Andreas Weile, 37, Kommandant des DDR-Grenzkreis-kommandos 401 im thüringischen

Dermbach, „die unsere Anlagen kommerziell nutzen wollen.“

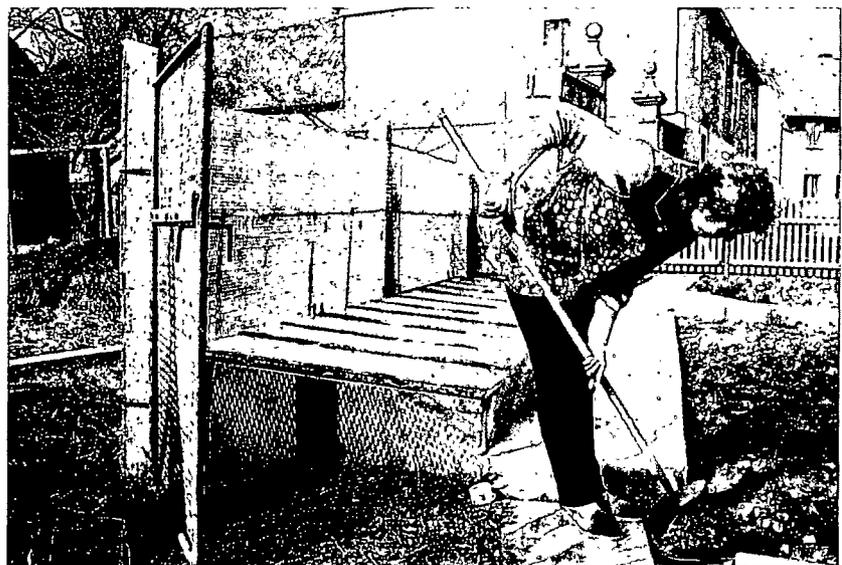
Begehrt sind vor allem die ehemaligen Wachtürme hinterm Grenzzaun. Ein Liftbesitzer aus der hessischen Rhön möchte in einem der schmucklosen Betonklötze ein „Aussichtslokal“ einrichten, ein US-Bürger, der sich für einen zehn Meter hohen Rundturm des Typs BT 10 beim Dörfchen Philippsthal interessierte, legte einem verblüfften DDR-Offizier gleich „das Scheckheft auf die Motorhaube“ (Weile).

Wo früher jeder unerlaubte Schritt ein tödliches Risiko barg, wo LPG-Bauern zum Pflügen am Sicherheitszaun einen amtlichen Passierschein brauchten, heißt die neue Parole: Marktwirtschaft statt Menschenjagd.

Ein westdeutsches Metallunternehmen bewarb sich um die hochwertigen Gitterplatten der Grenzbefestigungen.

Von den 2,40 mal 1,10 Meter großen verzinkten Streckmetallplatten (ein Grenzanwohner: „Die Qualität kriegen wir bei uns gar nicht“) sind an den Doppelzäunen zwischen Lübecker Bucht und Vogtland rund drei Millionen Stück aufgestellt – eine Strecke von Mecklenburg bis Mogadischu. Stückpreis: 20 Ost-Mark.

Ostdeutsche Gemeinden wollen die ausgedienten Grenztürme als Standort für Fernseh-Umsetzer nutzen, Forstbehörden als Ausguck, um Waldbrände rechtzeitig zu



Abbau von Grenzanlagen, Zaunteile im Privatgarten (in Thüringen), Kommandant Weile (o.): „Die Qualität kriegen wir bei uns nicht“

orten. Selbst „Jäger in Ost und West“ (Weile) interessieren sich für die steinerne Hochsitz im Grenzland, das bisher von Jagdgesellschaften der Nationalen Volksarmee gehegt wurde. In der Rhön suchen Wanderer in den Überbleibseln des Eisernen Vorhangs Schutz bei schlechtem Wetter.

Im thüringischen Grenzort Wenigtaft haben die Bewohner nach in 40 DDR-Jahren bewährter Manier zur Selbsthilfe gegriffen, sie demontierten nach der Wende die stabilen Metallplatten für private Zwecke: Die Gitter dienen heute als Umfriedungen für Hühnerställe oder Obstbäume. Bei der Volkspolizei läuft bereits eine Anzeige gegen die Dörfler.

Umfunktioniert für den Wegebau in der Forst- und Landwirtschaft werden Hunderttausende von Betonplatten, mit denen die Patrouillenwege der Grenzer gepflastert waren. Besonders gefragt sind die robusten Schlösser eines österreichischen Herstellers an den Durchgangstoren des inneren Grenzzauns, der derzeit komplett abgebaut wird. Den dreifachen Stacheldraht auf der Zaunkrone, geliefert von Schweden, verscherbeln die Grenz-Abrüster an den VEB Metallaufbereitung Erfurt. Aus dem harten V2A-Stahl lassen sich Bestecke, Motoren oder Werkzeuge fertigen. „Das Material“, sagt ein DDR-Grenzer, „geht weg wie warme Semmeln.“

Die stärkste Nachfrage herrscht jedoch nach Grund und Boden in dem ehemals fünf Kilometer breiten Sicherheitsstreifen. Ein hessischer Automobilklub wollte eine Motor-Rallye im Grenzland ausrichten – die Gebühr, so versuchte der Klub den zuständigen Bürgermeister zu ködern, werde selbstverständlich in Westmark bezahlt, ein paar Tausender brachte er gleich mit.

Und am schleswig-holsteinischen Schaalsee pokern Immobilienfirmen schon um die zukünftige Nutzung des leerstehenden Herrenhauses Stintenburg auf einer Halbinsel inmitten des geplanten DDR-Naturschutzgebietes. Für Umweltschützer ist das gräfliche Anwesen „ein in Europa einmaliges Juwel“.

Den Öko-Freaks ist der ganze Rummel an der Grenze suspekt. Der rege deutsch-deutsche Ausflugsverkehr über die rund 150 Übergänge, klagt der Deutsche Bund für Vogelschutz, zeige schon jetzt „verheerende Wirkungen“. So beobachteten Vogelkundler an der bayerisch-thüringischen Grenze in diesem Frühjahr einen „totalen Brutausfall“ bei den scheuen Schwarzstörchen. Im geplanten Nationalpark Harz verschandeln an Wochenenden die ersten westdeutschen Imbißbuden die Landschaft, west- wie ostdeutsche Naturverbände fordern bereits, wieder einige Grenzübergänge dichtzumachen.

Verunsichert durch das Gewusel an der ehemals martialischen Systemgrenze zwi-

schen Ost und West sind vor allem die, die einst dort den Sozialismus zu bewachen hatten: Die DDR-Grenzsoldaten fürchten um ihre Arbeitsplätze. Seit Anfang des Jahres wurde die Truppenstärke bereits von 38 000 auf 23 000 verringert. Die geschrumpfte Grenz-Armee untersteht demnächst, wie der Bundesgrenzschutz auf der Westseite, dem Innenministerium. An der Staatsgrenze soll der äußere Sperrzaun nach einem

Beschluß der DDR-Regierung stehenbleiben.

Auch den Grenzern winken jedoch die Segnungen der Marktwirtschaft: In Anzeigen Fuldaer Zeitungen bietet die Firma „Hersa-Schutz“ arbeitslosen Ost-Soldaten bereits Lohn und Brot, als Wachmänner für „Anlagen der US-Army“. Voraussetzung sei „Bereitschaft zum Schichtdienst“. Den sind die Wächter des realen Sozialismus gewohnt.

„Da oben stört er nicht“

Ein Wachturm der DDR-Grenzer wird zum Künstlertreff

Am ersten Abend“, sagt der bärtige Josef Knecht, 41, „war es ziemlich mulmig.“ Im obersten Geschoß des ehemaligen DDR-Grenzwachturms beim thüringischen Wiesenfeld erleuchtete lediglich eine Neonröhre den kargen viereckigen Raum. Todesstreifen, Sicherheitszone und Sperranlagen vor dem Turm versanken in völliger Dunkelheit.

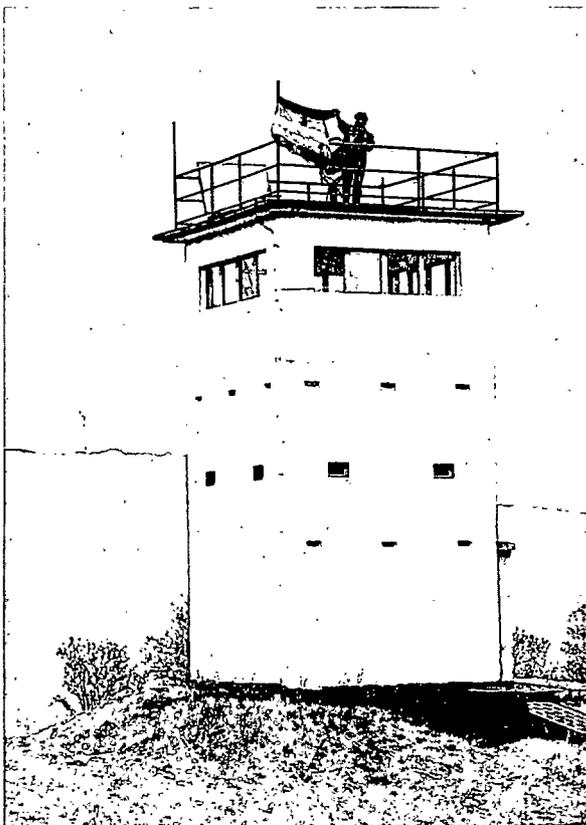
Die Stille im Grenzland wurde jäh durch lautes Klopfen an der eisernen Tür unterbrochen. Eine Patrouille der DDR-Grenztruppen bat um Einlaß: „Dürfen wir mal rein, ist doch alles in Ordnung?“

Die Gäste kannten sich aus: Bis Anfang des Jahres diente der dreistöckige Betonurm den Grenzwächtern als „Führungsstelle“. Von hier aus kontrollierten sechs Mann rund um die Uhr 15 Kilometer ostdeutscher Westgrenze.

Zwölf Meter hoch ist das Monstrum, inklusive Toilette und Waschraum sowie einer Kleinkläranlage im Untergeschoß. Auf der Dachplattform steht noch der riesige drehbare Scheinwerfer, mit dem die DDR-Posten früher die Gegend erleuchteten. Vergangene Woche bekam Josef Knecht als erster westdeutscher Bürger einen Mietvertrag auf die „Führungsstelle Holzweg“.

Für die 48 Quadratmeter auf drei Etagen plus Keller, verbunden durch steile Eisentreppen, verlangt der DDR-Vermieter, die Gemeinde Wiesenfeld, lediglich die Erstattung der Nebenkosten. Knecht: „Da mußte ich gar nicht groß verhandeln.“ Kündigungsgründe für den einmaligen Vertrag stehen nicht in dem Schriftstück.

Um den ausgedehnten Vorgarten muß sich Knecht auch nicht kümmern. Das Weidegras wird durch eine Schafherde der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) Geisa kurz gehalten. Drei Obstbäume an der Zufahrt sind erstmals seit Jahren wieder beschnitten worden. LPG-Bereichsleiter Albert Fürst, 41, über den neuen Nachbarn aus dem Westen: „Da oben stört er nicht. Mit seinem



Ehemaliger DDR-Wachturm „Holzweg“
„Japaner und Amis zu Fuß“

* Auf dem Dach Josef Knecht mit Regenbogenfahne.